

## POLITISCHE BILDUNG

## » Herausgeforderte Demokratie. Blickpunkt Stadt Bergen



Philipp Legrand

Dozent am Niedersächsischen Studieninstitut für kommunale Verwaltung und an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung Hannover  
philipp.d.legrand@gmail.com



Dr. Leyla Ferman

Koordinierungs- und Fachstelle, Gedenkstätte Bergen-Belsen  
leyla.ferman@bergen-online.de

### Nationalismus und soziale Ungleichheit verfestigen sich

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist herausgefordert von gesellschaftlichen Partizipationsasymmetrien, sich reproduzierender sozialer Ungleichheiten und einem öffentlich präsen- ter werdenden nationalistischen Duktus.<sup>1</sup> Die soziale Distinktion zwischen denjenigen, die dazugehören und denjenigen, die – zumeist wegen ethnischer Zuschreibungen – ausgeschlossen werden, verschärft sich, dabei ist es mit unserem Grundgesetz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar, wenn aus rassistisch-nationalistischen Positionen heraus diffamiert wird.<sup>2</sup>

Etwa ein Fünftel der Menschen hierzulande ist laut Statistischem Bundesamt von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.<sup>3</sup> Kinder aus Elternhäusern mit geringen sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen müssen ein wesentlich höheres Kompetenzniveau erreichen, um eine Gymnasialempfehlung ausgesprochen zu bekommen, als Kinder aus Familien mit hohen sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen.<sup>4</sup> Der sozioökonomische Status und das Bildungsniveau der Eltern sind entscheidende Faktoren für den Erfolg von Kindern in der Schule. Und nach Bourdieu ist dazu das Bildungssystem selbst noch ein wesentliches Element zur Reproduktion sozialer Ungleichheiten.<sup>5</sup> Soziale Unterschiede, so konstatierte Bourdieu anhand seiner Habitus- theorie, bleiben zumeist dauerhaft über Generationen hinweg bestehen.<sup>6</sup> Stereotypisierungen sind sozialer Alltag und besonders dort, wo man in Hilfssysteme manövriert wird, wie im Falle der Arbeitslosigkeit, der Schulpflicht oder des Asyls. In dem Maße, wie sich solche sozialen Disparitäten verfestigen, fördert man z. B. bei Arbeitslosen oder Bildungsverlierern die Überzeugung, sie

seien für ihre eigene Situation weitestgehend selbst verantwortlich. In dem Maße also, wie unser System vorgibt, Menschen in ihren Rechten und Pflichten gleich zu behandeln, sanktioniert es faktisch die ursprüngliche Ungleichheit der selbigen. Die formale oder offizielle Gleichheit dient auch als Verdunklung und Rechtfertigung der Gleichgültigkeit gegenüber der tatsächlichen Ungleichheit.<sup>7</sup>

Neben nationalistischen Tendenzen und den reproduzierten Ungleichheiten kann insgesamt eine Reduktion von politischer Beteiligung konstatiert werden. Immer weniger Menschen nehmen hierzulande klassische partizipatorische Möglichkeiten wahr, um politisch Einfluss zu nehmen, was zu einem Substanzverlust des demokratischen Systems beiträgt. Die Partizipationsforschung verweist immer wieder auf Partizipationsasymmetrien in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft.<sup>8</sup> Vergleicht man die historische Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, so ist erkennbar, dass sich die Diskrepanz zwischen der oberen und unteren Einkommensschicht erheblich erhöht hat: Immer weniger Menschen aus der unteren Einkommensschicht gehen wählen, während die Wahlbeteiligung bei denjenigen der oberen Einkommensschicht keine rückläufigen Tendenzen aufweist. Eine deutliche Partizipationsdiskrepanz zeigt sich ebenfalls in Zusammenhang mit dem Schulabschluss. So nehmen Menschen mit Abitur zum Beispiel häufiger an öffentlichen Diskussionen, Online-Protesten, Demonstrationen und Wahlen teil.<sup>9</sup> Um diese Asymmetrien abzubauen, lassen sich nach B. Geißel drei Vorschläge anführen: a) Abbau sozioökonomischer Ungleichheit, b) Maßnahmen, die die Inklusion bildungsferner Schichten bei den unterschiedlichen politischen Partizipationsformen (z. B. direktdemokratisch, internetbasiert, dialogori-

<sup>1</sup> A. Gaulands Relativierung der zwölfjährigen Nazizeit, die „nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ sei und B. Höckes Bezeichnung des Holocaust-Mahnmals in Berlin als „Denkmal der Schande“ katalysieren abwegige gefährliche geschichtsrevisionistische Interpretationen und bedienen sich rechtsnationalistischer Deutungsmuster.

<sup>2</sup> Exemplarisch sind die beiden AfD-Aussagen, die damalige Integrationsbeauftragte, Aydan Özoguz, „in Anatolien entsorgen zu wollen“ (A. Gauland) oder den „Einsatz von Schusswaffen“ gegen Menschen mit Fluchterfahrung an der Grenze zu diskutieren (B. von Storch).

<sup>3</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt – Destatis (2018): Wirtschaftsrechnungen. Leben in Europa. EU-SILC.

<sup>4</sup> Vgl. Bos, W. u. a. (2004): IGLU. Einige Länder der Bundesrepublik Deutschland im nationalen und internationalen Vergleich. Die IGLU-Studie hat ergeben, dass es für Kinder aus Elternhäusern mit hohen sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen bei gleichem



Besucher der Demokratiekonferenz probieren den Teamnavigator aus

Kompetenzniveau wie Kinder aus Elternhäusern mit geringen Ressourcen 2,63-fach wahrscheinlicher ist, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten.

<sup>5</sup> Vgl. Bourdieu, P. (2001): *Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Politik.* VSA-Verlag: Hamburg.

<sup>6</sup> Vgl. Bourdieu, P. (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.* Frankfurt am Main, Suhrkamp.

<sup>7</sup> Vgl. Bourdieu, P. (2001), a.a.O., S. 39.

<sup>8</sup> Der sozioökonomische Status und der Bildungshintergrund wirken sich auf die individuelle Partizipationsbereitschaft und eigentliche Beteiligung aus. Es existiert ein Zusammenhang zwischen der Dimension von sozialen Ungleichheiten und Partizipation: je höher der soziale Status ist, desto höher ist auch das Beteiligungsniveau (vgl. Geißel, B. (2015): *Mitwirkung für alle? Thesen zur politischen Ungleichheit.* In: Harles, L./Lange, D. (Hrsg.): *Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung.* Schwalbach/Ts., S. 37ff.)

<sup>9</sup> Vgl. o. A., S. 39f.

<sup>10</sup> Vgl. o. A., S. 37–48.

entiert) fördern, und c) eine politische Bildung, die die Aktivierung von Menschen dieser Schichten als eine ihrer zentralen Aufgaben betrachtet.<sup>10</sup>

In einem kommunalen, städtischen Rahmen können insbesondere die Implementierung von Maßnahmen, die die Inklusion von schwer erreichbaren Menschen bei den verschiedenen politischen Partizipationsformen fördern, und eine politische Bildung, die die Aktivierung jener Menschen unterstützt, erfolgen. Kommunen können bei der Förderung von Partizipation und Demokratiebildung eine besondere Stellung einnehmen, denn in einer Kommune, wo die Wege kurz und Menschen, die sich (politisch) engagieren, nahbar sind, bestehen Chancen, schwer erreichbare Menschen bei ihrem Weg zu einem fruchtbaren gemeinsamen Miteinander und zu mehr Partizipation zu begleiten und zu unterstützen. Damit wird ferner auch die Reproduktion sozialer Ungleichheiten reduziert und nationalistischen Tendenzen entgegengewirkt.

### **Demokratie leben! in Bergen – ein Vehikel zur Stärkung eines fruchtbaren Miteinanders?**

Seit August 2017 wird in der Stadt Bergen, im Landkreis Celle, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie zwischen der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stadt Bergen umgesetzt. Drei Leitziele der Partnerschaft bilden den alltäglichen Handlungsrahmen vor Ort: Demokratie- und Partizipationsförderung, Antidiskriminierungsarbeit und Rechtsextremismusprävention. Um fruchtbare Lernprozesse zu initiieren, die den drei Schwerpunkten gerecht werden, muss der politisch-historische Kontext, wie er in der Gedenkstätte Bergen-Belsen gelebt wird, didaktisch in der praktischen Umsetzung in der Partnerschaft Berücksichtigung finden. Ziel ist es, Aktivitäten, Initiativen und Projekte zu initiieren, die

zur Zielerreichung beitragen. Über die Aktivitäten, Initiativen und Projekte entscheiden ein Begleitausschuss, der sich mit Personen aus der Zivilgesellschaft, Politik, Stadtverwaltung und Wirtschaft – Personen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen – zusammensetzt, und ein Jugendforum. Sie bestimmen demokratisch abgestimmt die Richtlinien des Bundesprogramms vor Ort. Begleitet wird das Programm von einem federführenden Amt, das in der Stadtverwaltung, und einer Koordinierungs- und Fachstelle, die in der Gedenkstätte Bergen-Belsen angesiedelt ist. Einmal im Jahr finden sogenannte „Demokratiekonferenzen“ in Bergen statt, zu der alle in der Stadt lebenden Menschen eingeladen werden, um miteinander über Aktivitäten, Initiativen und Bedarfe zu diskutieren.

2017 wurden im Rahmen des Programms Lebensbilder von Menschen, die in Bergen leben, in Tiefeninterviews gestaltet und bei einer öffentlichen Veranstaltung vom Verein „Unser Bergen“ präsentiert. Im Fokus stand dabei die Frage, „woher wir kommen“. Ziel war es, mehr übereinander zu erfahren und sich besser kennenzulernen. Themen der Vielfalt und Toleranz wurden aufgegriffen, wodurch nationalistischen Denkmustern entgegengewirkt werden sollte. Die ezidische Gemeinde baute eine Bücherei auf, um über das Ezidentum aufzuklären und das Identitätsbewusstsein junger Ezider/innen zu fördern. In einem zu einer mobilen Medienstation umgebauten Pferdeanhänger, das „Bergensprich-mit-mir-Mobil“, werden Kurz-Interviews mit Stadtbewohner/innen zu den Themen Geschichte und Gegenwart, Migration, Miteinander und Toleranz abgespielt. Meinungen und Ideen von Besucher/innen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen können im Mobil ebenfalls kundgetan werden. In einem Kooperationsprojekt zwischen der Stadt Bergen und der Gedenkstätte Bergen-Belsen wurde mit Menschen mit Fluchterfahrung biographisch gearbeitet und in diesem Kontext die Gedenkstätte Bergen-Belsen besucht. Eigene Genozid-Erfahrungen wurden mit denen der damaligen Zeit in einen Zusammenhang gesetzt und diskutiert.

Themen der Vielfalt und Toleranz konnten im Rahmen der dargestellten drei Initiativen aufgegriffen werden, wodurch unter anderem vorurteilsbehafteten, rassistischen und nationalistischen Denkmustern entgegengewirkt sowie das Verständnis füreinander gefördert werden konnte.

Im Kontext der Projekte „We4All“ (umgesetzt von der Evangelischen Jugend St. Lamberti) und „Demokratiebildung durch Erlebnispädagogik“ (umgesetzt von der Jugendfreizeitstätte Bergwerk in Kooperation mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen) wurden verschiedene Trainings-Tools und ein Hochseilparcours installiert, welche dann für verschiedene Workshops zur Förderung von Demokratiekompetenzen, sozialen sowie partizipativen Kompetenzen genutzt werden konnte.

Das Jugendforum, das sich aus 22 Jugendlichen zusammensetzt, hat 2018 einen „Tag der Vereine“ organisiert, an dem knapp 30 Vereine aus dem Stadtgebiet und etwa 500 Menschen teilnahmen. Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen, mit und ohne Migrations- und Fluchterfahrung engagierten sich bei der Umsetzung des „Tages der Vereine“ unter dem Motto „Verein(t) in Bergen“. Das partizipationsfördernde Projekt trägt zur sozialen Kohäsion bei. Soziale Hintergründe treten in solchen Kontexten in den Hintergrund – das gemeinsame Projekt schafft Räume der sozialen Verbundenheit. Das gemeinsame Arbeiten an einem Vorhaben unabhängig sozialer Hintergründe fördert Partizipation und eine Wertschätzung für Heterogenität in der Gesellschaft. Weiterhin fungierte das Jugendforum als Initiator für die Durchführung eines Workshop-Tags an der Anne-Frank-Oberschule in Bergen, der in Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen, der Gedenkstätte Bergen-Belsen, der Stadt Bergen und der Anne-Frank-Schule durchgeführt wurde. Alle Schülerinnen und Schüler der achten Klassen nahmen teil. Im Vorfeld wurden die Themen der vier Workshops partizipativ erarbeitet. Sie waren didaktisch und methodisch vielfältig aufgebaut und trugen den Leitlinien des Beutelsbacher Konsenses Rechnung. Interessenorientiert wählten die Schülerinnen und Schüler einen Workshop und damit ein Thema aus, zu dem sie intensiv arbeiten wollten. Schwerpunkte waren: Rechtsextremismus, Islam und Islamismus, Cybermobbing und Anti-Bias.

Im Rahmen eines von der Caritas umgesetzten Kinderstärkungsprojekts wurde 2018 zu den Themen Achtsamkeit, Toleranz und Miteinander mit Grundschulkindern gearbeitet. Eine sozialpädagogische Fachkraft unterstützte diesbezüglich Kinder und deren Eltern. Eine verbesserte, engere und individuelle bedarfsorientierte Begleitung und Unterstützung von Kindern und deren Eltern reduziert Chancenungleichheiten und soziale Ungleichheiten.

2019 steht Bergen im Zeichen der Kinderrechte. Die Caritas wird Grundschulkindern dabei unterstützen, partizipative Strukturen, u.a. in Form von Kinderräten und Versammlungen, aufzubauen und partizipatorische Prozesse von Kindern, die die erste bis vierte Klasse besuchen, zu fördern.

Im Rahmen einer Kooperation mit dem Institut für Didaktik der Demokratie der Universität Hannover wurde mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stadt Bergen ein Ausbildungskonzept entworfen, das Menschen schult, sich als „kommunale Koordinierungsstellen Demokratiebildung“ in Vereinen, bei der Arbeit und im privaten Bereich für Demokratie und Partizipation einzusetzen. An der Ausbildungsveranstaltung haben Jugendliche, Menschen aus der Verwaltung und aus anderen Arbeitsfeldern, Ehrenamtliche aus dem integrativen Bereich und Lehrkräfte aus Schulen teilgenommen.

Entstanden ist ein Netzwerk von Personen, die sich in ihren individuellen Lebenswelten für Demokratie und Partizipation einsetzen. Sie werden dabei von der Stadt Bergen und dem Institut für Didaktik der Demokratie begleitet und unterstützt.

### **Es braucht nachhaltige Förderstrategien für die Kommunen**

Konstatiert werden kann, dass mithilfe des Programms „Demokratie leben!“ gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Bergen viele Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen und (Sozialisations-)Erfahrungen aktiviert wurden, verschiedene Ideen und Initiativen zu entwickeln und umzusetzen, die zu einem fruchtbaren Miteinander beitragen. Das Programm fördert auf vielfältige Weise zivilgesellschaftliches Engagement und Toleranz gegenüber Mitmenschen, wirkt Ausgrenzungsmechanismen entgegen und aktiviert Menschen, sich mit Vielfalt positiv auseinanderzusetzen. Durch die flexiblen und den individuellen Anforderungen vor Ort anpassbaren Programmaktivitäten im Rahmen von „Demokratie leben“ ist die Chance gegeben, systemisch gewachsenen Strukturen und daraus sich mitunter manifestierenden sozialen Situationen entgegenzuwirken, so dass soziale Ungleichheiten systemisch nicht weiter verfestigt werden.

Die skizzierten Aktivitäten, Initiativen und Projekte tragen zu einem sensibleren Miteinander, einer stärkeren Beteiligung und Teilhabe, zur Förderung demokratischer Strukturen und einer Reduktion (ethno)nationalistischer Denkmuster bei. Aufgrund der heterogenen Gruppe engagierter Akteure im Programm scheint die Korrelation zwischen Partizipation und sozialer Herkunft programmbezogen weniger stark ausgeprägt. Menschen werden von einem vielfältig aufgestellten Personenkreis angesprochen und motiviert, sich einzubringen. Das aktiviert und überwindet Hürden, die einem Engagement entgegenstehen.

Eine Herausforderung der zukünftigen Aktivitäten stellen die finanziellen Ressourcen dar, die zeitlich begrenzt sind. Die Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ läuft in seiner derzeitigen Form Ende des Jahres aus. Um Aktivitäten, wie dargestellt, zur Demokratie- und Partizipationsförderung sowie Extremismusprävention nachhaltig regional zu installieren, bedarf es eines langfristig-gesicherten finanziellen Engagements. Daher ist der Anstoß zur Einführung eines Demokratiefördergesetzes, wie es Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey auf der Programmkonferenz zu „Demokratie leben!“ formuliert hat, nur konsequent. Demokratiebildung, Extremismusprävention und Partizipationsförderung brauchen nachhaltig verankerte Strukturen und Verlässlichkeit in der alltäglichen Arbeit in den Kommunen.

» **schwerpunkt – Politisierte Kultur – kulturalisierte Politik**

*Melike Çınar*

Kulturalismus als Verschleierung unserer Weltsicht ..... 15

Durch Bezugnahme auf kulturelle Unterschiede in politischen Diskursen wird oftmals das Feld der Auseinandersetzung vernebelt und Stillstand oder verhärtete Konflikte sind die Folge. Was können wir als Individuen tun, um das zu verhindern? Welche Prozesse müssen wir initiieren und aushalten? Diesen Fragen versucht der Beitrag nachzugehen.

*Thomas Geisen*

Zugehörigkeit neu gestalten? Migration als Lern- und Handlungsprozess ..... 19

Migration ist eine besondere Form der menschlichen Mobilität, die mit dem Wechsel des Lebensmittelpunktes verbunden ist. In diesem Beitrag wird die Debatte um das „Kulturelle“ in der Migration aufgegriffen und dabei die These entfaltet, dass im Zusammenhang mit Migration und „Kultur“ aktuell insbesondere Fragen von „Zugehörigkeit“ artikuliert und (neu) verhandelt werden, die eng mit spezifischen Vorstellungen von Nationalstaat und Minderheiten verwoben sind.

*Peter Schreiner*

Von „Kulturalisierung“ und „Politisierung“ in bewegten Zeiten – wo bleiben die konkreten Menschen?..... 24

Ein kritischer Kulturbegriff und ein offenes Verständnis von Identität erleichtern es, mit „Kulturalisierung“ und „Politisierung“ sowie einer „neuen Pluralisierung“ zurechtzukommen. Rechtsextremismus gefährdet ein vielfältiges Kulturverständnis enorm, weil auf Homogenität und Einfalt gedrängt wird, statt Vielfalt und Pluralität zuzulassen. Eine aktive politische Auseinandersetzung damit ist notwendig, auch durch kulturelle Bildung.

*Olaf Zimmermann*

„Migration“ – die Herausforderung für die Erwachsenenbildung  
Ein Plädoyer für mehr Kooperation der politischen und der kulturellen Bildung ..... 29

Migration ist eine vielfältige Herausforderung für die politische Erwachsenenbildung. Einiges wurde in den letzten Jahren auf den Weg gebracht, dennoch bestehen noch Lücken. Es gilt den Schwerpunkt der Arbeit beim Thema Migration darauf auszurichten, Migranten als Zielgruppe in den Blick zu nehmen, Menschen mit Migrationsgeschichte zu beschäftigen und Migration als Herausforderung zu thematisieren.

*Steffi Robak*

Politische Brisanz in der Kulturellen Erwachsenenbildung..... 32

Kulturelle Bildung leistet einen genuinen Beitrag für die Gestaltung von Kultur und für Demokratiefähigkeit. Sie ist im Kern auch politisch. Der Beitrag beschreibt politische Brisanz unter vier Gesichtspunkten: in ihrer Verortung und historischen Genese, in kulturpolitischen Einlassungen, in Funktionsausdifferenzierungen, die in Relation zu gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozessen stehen sowie in der Mitgestaltung einer Migrationsgesellschaft.

*Havva Engin*

Kulturdolmetscher in der migrationssensiblen Familienbildungsarbeit ..... 36

Wie lässt sich eine engere Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und neu zugewanderten Familien realisieren? Wie kann nicht nur Sprache, sondern auch Kultur übersetzt werden? Mit der kommunalen Etablierung sogenannter Kulturdolmetscher/innen bietet sich eine Lösung an, doch sollte deren Arbeit vom Transkulturalitätsansatz und einem Ressourcenblick geleitet sein.



» **aus der praxis**

*Hildegund Niebch, Ralf Müller*  
 RedensArt – Qualifizierung von Sprach- und Kulturmittler/innen ..... 6

*Sarah Hillebrecht*  
 „Dinner for One<sup>2</sup> – Bildungsmenü unterm Kronleuchter ... und anderswo!“ ..... 8

*Aninka Ebert*  
 Gemeindeentwicklung in der Migrationsgesellschaft ..... 10

*Werner Zager*  
 Glaubensseminar für taufinteressierte Flüchtlinge..... 12

» **europa**

*Christine Bertram*  
 Von und in Europa lernen – Erasmus+ macht's möglich ..... 14

» **einblicke**

*Josef Schrader, Jan Rohwerder*  
 Politische Parteien und die staatliche Förderung politischer Bildung..... 39

*Petra Herre*  
 Kulturelle Differenzen und Dominanzen vor zwei Jahrzehnten ..... 41

*Eveline Reisenauer*  
 Diversität und Wandel der Erziehung in Migrantenfamilien ..... 42

*Christine Bertram*  
 Unaufgeregt kassiert? Wie die Erwachsenen- und Weiterbildung sich  
 in Arbeitsmarktfragen erschöpfen soll ..... 44

*Friedrun Erben*  
 Lernen – und die Demokratie mitgestalten!  
 Politische Bildung in der Bildungsfreistellung stärken ..... 47

*Philipp Legrand, Leyla Ferman*  
 Herausgeforderte Demokratie. Blickpunkt Stadt Bergen ..... 49

» **jesus – was läuft?**

*Hans Jürgen Luibl*  
 Gott weiß mehr als Google, aber Google antwortet schneller ... ..... 52

» **service**

Filmtipps ..... 54

Publikationen ..... 55

Veranstaltungstipps ..... 65

Impressum ..... 70



## Mehr **forum erwachsenenbildung**?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?

Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum erwachsenenbildung**:

### Abo bestellen Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an [order@waxmann.com](mailto:order@waxmann.com))

- Print:** 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 25,- € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)
- Online:** 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,- € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)



[www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung](http://www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung)

DEAE WAXMANN